

Protest gegen EU-Pläne: Die Kommunen fürchten um ihr Wasser Städtetage, Verbände und eine europäische Bürgerinitiative machen gegen das Brüsseler Vorhaben mobil, die Versorgung zu privatisieren

VON ARNO STOFFELS

Schlechtere Wasserqualität, höhere Preise, Mängel am Leitungsnetz: Das sind die Befürchtungen, nachdem in Brüssel einem Richtlinienentwurf zugestimmt wurde, der Wettbewerb bei der Trinkwasserversorgung ermöglichen soll. Doch der Protest gegen das Vorhaben wächst stündlich.

NÜRNBERG — Zwei Minuten. Vielleicht drei. Länger dauert es nicht, sich im Internet an der europäischen Bürgerinitiative „Wasser ist ein Menschenrecht“ zu beteiligen. „Ich habe natürlich schon unterschrieben“, sagt der Nürnberger Oberbürgermeister und Vorsitzende des Bayerischen Städtetags, Ulrich Maly.

Schließlich geht es unter www.right2water.eu/de darum, künftig jeglichen Versuch der Europäischen Kommission zu stoppen, die Wasserwirtschaft zu liberalisieren. Kommt bis September eine Million Unterschriften aus mindestens sieben EU-Ländern zusammen, muss Brüssel das Thema auf die politische Agenda setzen.

Seit Donnerstag sieht es danach aus, als würde das Quorum mit Leichtigkeit geknackt. Da nickte der EU-Binnenmarktausschuss einen Richtlinienentwurf der EU-Kommission ab, der die Vergabe von Dienstleistungs-Konzessionen regeln soll. Entsprechend sollen Kommunen künftig unter bestimmten Bedingungen auch Aufträge bei der Wasserversorgung europaweit ausschreiben müssen.

Angst vor Privaten

Kurz: Private Unternehmen könnten ihre Dienste billig anbieten und so an Aufgaben kommen, die bisher von der öffentlichen Hand unter dem Gesichtspunkt der Daseinsvorsorge erledigt wurden. Getragen von der Befürchtung, dass dann Wasserqualität und -preis in die Hände großer Konzerne kommen, wächst die Unterschriftenliste im Internet stetig. 600 000 hatten sich bis gestern Nachmittag eingetragen — zur Freude von Maly.

In den nächsten Wochen und Monaten müsse es darum gehen, mit allen Mitteln Druck aufzubauen, um die Wasserversorgung aus der Konzessionsrichtlinie wieder herauszubekommen. Bei den anstehenden Entscheidungen in Parlament und Rat „muss sich Deutschland reinspreizen“, so der OB. Den Beteuerungen des EU-Binnenmarktkommissars Michel Barnier, es gehe lediglich um einheitliche Vergaberegeln, die auch nur Stadtwerke und Zweckverbände mit mehreren Geschäftssparten betreffen, die mehr als 20 Prozent ihres Geschäfts außerhalb der Kommune erbringen, mag Maly nicht folgen.

„Auch beim Busverkehr oder den Sparkassen hat es einmal geheißen, niemand werde zu etwas gezwungen.“ Am Ende sei es dann aber doch anders gekommen. Die Richtlinie „wird so gut wie alle Versorger treffen“, fürchtet man auch beim „Verband kommunaler Unternehmen“. Fast sämtliche Stadtwerke oder Zweckverbände seien in den letzten Jahrzehnten ganz oder teilweise in eine private Rechtsform überführt worden, so Sprecher Carsten Wagner. Auch in der Metropolregion Nürnberg gibt es kaum Ausnahmen, wie beispielsweise das wohlhabende Neumarkt, das seine Stadtwerke tatsächlich noch als reinen Eigenbetrieb führt.

Zumindest in den größeren Städten würden die Werke fast immer Strom, Gas und Wasser aus einer Hand anbieten und einen Teil der Leistungen auch über den eigenen Raum hinaus erbringen. In Brüssel so zu tun, als würde die Autonomie der Kommunen in Sachen Wasserversorgung durch die Richtlinie nicht beeinträchtigt, sei deshalb irreführend.

„Da werden Nebelkerzen gezündet“, sagt Wagner. Der Protest gegen das Regelwerk könne deshalb nicht groß genug sein. „Ein privates Unternehmen will Geld verdienen. Das geht bei der Wasserversorgung nur über zwei Stellschrauben: Entweder es werden die Preise erhöht oder es wird am Erhalt des Leitungsnetzes gespart.“ Tatsächlich sprechen die bisherigen Beispiele in der EU nicht gerade für eine Privatisierung des Wassermarktes. Ob Großbritannien, Portugal oder Frankreich: Wo auch immer private Unternehmen die Regie übernahmen, explodierten die Preise. Unrühmliche Beispiele gibt es aber auch in Deutschland.

Zu hohe Preise

Berlin etwa verkaufte einst 49 Prozent der Wasserversorgung. Zuletzt schritt das Bundeskartellamt gegen die

„missbräuchlich erhöhten Wasserpreise“ ein. Ebenso ging es den Stadtwerken Mainz.

Vor diesem Hintergrund fordert auch Bayerns Wirtschaftsminister Martin Zeil (FDP) auf Nachfrage, die „gute und erfolgreiche“ Wasserversorgung nicht anzutasten. „Die EU hat sich da nicht einzumischen.“ Kritik kommt auch von Christian Ude. „Ich bin die Querschüsse aus Brüssel leid“, sagte der Präsident des Deutschen Städtetags und Oberbürgermeister von München. Die EU-Kommission nehme er persönlich immer häufiger als „verlängerten Arm“ von Großkonzernen wahr.

Solch harsche Töne liegen nicht jedem, Maly aber stimmt zu: „Auf leise Diplomatie dürfen wir in diesem Fall nicht setzen.“



Kostbares Nass: Kritiker warnen eindringlich davor, die Wasserversorgung in Deutschland öffentlich auszuschreiben und die Aufträge an private Unternehmen zu geben. Das Foto zeigt den leeren Trinkwasserspeicher in Krottenbach bei Nürnberg. Foto: dpa